

**CDU-Initiativen
für die Plenarsitzungen
am 21., 22. und 23. Februar 2018**

1. **Aktuelle Debatten**
2. **Antrag:**
**„Verantwortung der Landesregierung für die
Investitionsförderung der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz“**
3. **Antrag:**
„Integrationshemmnisse abbauen - Wohnsitzauflage zügig umsetzen“
4. **Antrag:**
„Antisemitismus entschlossen bekämpfen“
5. **Antrag:**
**„Digitale Teilhabe an Schulen sicherstellen –
umfassenden Ansatz verwirklichen“**
6. **Antrag:**
„Starke Familien – Für eine lebensnahe Familienpolitik in Rheinland-Pfalz“
7. **Große Anfrage:**
„Situation der Transplantationsbeauftragten in Rheinland-Pfalz“
8. **Antrag:**
„Zukünftige Mobilität gestalten – wichtige Weichenstellungen vornehmen“

1. Aktuelle Debatten

- „Massive Kritik an der Personal- und Sachpolitik der Landesregierung“
- „Landesregierung riskiert Insolvenz der Weinwerbungen in Rheinland-Pfalz“

2. Antrag:

„Verantwortung der Landesregierung für die Investitionsförderung der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz“

Kliniken unerlässlich für medizinische Versorgung

Ordentlich ausgestattete Kliniken sind entscheidend für **die medizinische Versorgung** der Menschen im Land. Mit mehr als 48 000 Beschäftigten alleine in Rheinland-Pfalz sind sie zudem einer der größten Arbeitgeber.

Eine fundierte **Investitionsförderung ist Basis für eine funktionierende Krankenhausplanung**. Seit Jahren kritisieren wir die mangelnde Förderung und setzen uns für eine bessere Krankenhausförderung ein. Sowohl die Krankenhausgesellschaft als auch die Pflegekammer Rheinland-Pfalz haben die Landesregierung für ihre Förderpolitik bereits scharf kritisiert.

Planung kann nur mit Förderstrategie funktionieren

Weil wir bereits lange **dringenden Handlungsbedarf** sehen, haben wir im vergangenen Jahr einen umfangreichen Antrag eingebracht, in dem wir eine umfassende Strategie zur **Verbesserung der Investitionsförderung** gefordert haben.

Zu diesem Antrag fand im November im Gesundheitsausschuss eine **ausführliche Anhörung mit Experten** statt. Diese Fachleute haben die **CDU-Fraktion in zentralen Punkten bestätigt**. Ein Beispiel: Unser Vorschlag, die Förderung von Einzel- auf Pauschalabrechnung umzustellen, fand breite Unterstützung.

Experten bestätigen Positionen der CDU-Fraktion

So klar das Ergebnis der Anhörung auch war – ihre Auswertung hat leider wieder eines erschreckend deutlich gezeigt: Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen erkennen den **Ernst der Lage nicht**. **Alle Anzuhörenden** haben die Position der CDU-

Fraktion bestätigt, wonach **dringender Handlungsbedarf bei der Krankenhausfinanzierung** besteht. Trotzdem ist die Landesregierung **nicht bereit**, etwas Grundlegendes zu ändern.

Landesregierung erkennt Realität nicht an

Das fängt mit der **Weigerung an, einen Investitionsstau** an den Kliniken – den alle Experten bestätigen – auch nur **zu benennen, geschweige denn zu beziffern**. Auch darüber hinaus sieht man kaum Handlungsbedarf: **Weder sollen die Investitionen erhöht** werden, noch werden **neue Wege der Finanzierung** zumindest **ernsthaft geprüft**. Lediglich beim Bürokratieabbau könne man etwas tun, so die Ampel-Fraktionen. Das ist wohl **kaum eine ernstzunehmende Reaktion** auf die großen Herausforderungen, vor der viele Kliniken stehen.

Förderung muss deutlich erhöht werden

Die **Blockadehaltung der Landesregierung ist für uns völlig unverständlich**. Wir bleiben bei unserer Forderung, den **Investitionsstau mit allen Beteiligten einvernehmlich** zu beziffern. Denn ohne eine Bezifferung der nötigen Investitionen läuft auch eine Planung ins Leere. Als Konsequenz aus der Anhörung haben wir mit einem kurzen Änderungsantrag unseren ursprünglichen Antrag bei den **notwendigen Investitionen noch konkretisiert**.

Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung auf,

1. die **Investitionen in die Krankenhäuser wesentlich zu erhöhen**. Es sollen ergänzend auch Mittel der Investitions- und Strukturbank genutzt werden, um Kredite der Krankenhäuser abzusichern.
2. **mehr Mittel aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich einzusetzen**.

3. Antrag

„Integrationshemmnisse abbauen – Wohnsitzauflage zügig umsetzen“

Integration gelingt nicht von alleine

Integration gelingt nicht von alleine. Sie erfordert Angebote des Staates, die Bereitschaft bzw. Mitwirkung der Zuwanderer und eine **gezielte Steuerung z.B. durch Wohnsitzauflagen**. Dabei muss klar sein: Wer hier Schutz sucht und findet, für den sind **Auflagen seitens des Staates zumutbar** – zumal dann, wenn eine Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen besteht.

Warum Wohnsitzauflagen?

Regionen, die einen besonders **hohen Zuzug von Zuwanderern** zu verzeichnen haben, stehen hinsichtlich ihrer **Integrationsfähigkeit großen Herausforderungen** gegenüber. Gerade die **kreisfreien Städte** sind hier besonders betroffen – auch im Hinblick auf ihre Wohnraumkapazitäten. Wohnsitzauflagen für anerkannte Asylbewerber sind notwendig, um eine **Überforderung städtischer Räume zu verhindern**. Zugleich muss sichergestellt sein, dass die Kommunen ihre Integrationsangebote verlässlich planen können. Das gelingt nur, wenn die Asylsuchenden auch am Ort bleiben.

Integrationsgesetz hat Grundlagen geschaffen

Mit seinem **Integrationsgesetz hat der Bund** die Möglichkeit geschaffen, auf Landesebene eine Wohnsitzauflage einzuführen. Die Umsetzung erfordert lediglich eines **ministeriellen Erlasses**. Davon hat eine ganze Reihe von Bundesländer bereits sehr erfolgreich Gebrauch gemacht. Nicht so allerdings die rheinland-pfälzische Landesregierung. Mit unserem Antrag fordern wir, dass die Landesregierung auf der Basis der Rückmeldungen der Kreise und kreisfreien Städte die Wohnsitzauflage in Rheinland-Pfalz zügig umzusetzen.

4. Antrag: „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“

Am **27. Januar** hat der Landtag Rheinland-Pfalz, hat die CDU-Fraktion den **Opfern des Nationalsozialismus** gedacht. Alljährlich sendet dieses Gedenken das Zeichen: „Nie wieder“; erinnert es an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte, das systematische Ermorden von Millionen Juden.

Israels Existenzrecht ist unangreifbar

Deutschland kommt - vor dem Hintergrund seiner Geschichte - eine **besondere Verantwortung** im Kampf gegen den Antisemitismus zu. Wir müssen auf ihn hinweisen, vor ihm warnen und laut und sichtbar gegen ihn eintreten. Deshalb ist **Israels Existenzrecht Staatsräson** und ist Grundpfeiler unserer Politik.

Judenhass im Land nimmt zu

Und doch macht sich schleichend ein **wachsender Antisemitismus in unserem Land breit**. Auf den Schulhöfen, auf der Straße, im Internet. Nicht nur in Berlin, auch in Mainz gab es erst **kürzlich Demonstrationen, bei denen Judenhass offen zur Schau** gestellt

wurde. Auch der jüngste **Antisemitismusbericht des Bundes** führt deutlich vor Augen, dass ein **beschämendes Maß an Antisemitismus existiert**, das sich in sämtlichen politischen Lagern wiederfindet. **Und Antizionismus ist lediglich eine andere Form.**

Antisemitismus hat in Deutschland keinen Platz

Eine neue Facette hat der Antisemitismus in Deutschland in den letzten Jahren durch die **verstärkte Zuwanderung und humanitäre Aufnahme von Menschen aus dem arabischen Kulturraum** erfahren. Sie kommen häufig aus **Ländern, in denen der Antisemitismus und die Israelfeindlichkeit** weit verbreitet sind. Wir sagen: **Jedem, der in Deutschland lebt**, – gleichgültig, ob er dies in erster oder seine Familie bereits über

viele Generationen tut – muss klar sein, dass **Antisemitismus bei uns keinen Platz hat**. Wer das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland betritt, betritt den **Boden des Grundgesetzes**. Versuche, die **Würde eines Menschen jüdischen Glaubens infrage zu stellen**, werden von uns nicht geduldet.

Boykottaufrufe gegen Israel nur andere Form von Antisemitismus

Deshalb ist unsere Haltung eindeutig: Wir **verurteilen jede Form von Judenfeindlichkeit**. Das umfasst auch alle antisemitischen Äußerungen und Übergriffe, die als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden. Denn tatsächlich sind sie Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion. **Boykottaufrufe und Beleidigungen gegen Israel und Juden** oder das Verbrennen von israelischen Fahnen dürfen wir **nicht akzeptieren**.

In unserem umfangreichen Antrag haben wir insgesamt **15 Forderungen** formuliert, von denen wir Ihnen **einige exemplarisch** nennen wollen.

Die CDU-Fraktion fordert unter anderem,

1. das **Straf- und Versammlungsrecht darauf zu überprüfen**, ob es für Polizei- und Strafverfolgungsbehörden ausreichende Mittel gibt, **entschieden und wirksam gegen** das öffentliche **Verbrennen der israelischen Flagge** und antisemitische Ausschreitungen im Rahmen von öffentlichen Versammlungen **vorzugehen**;
2. dass die Landesregierung die Möglichkeiten, die das **Aufenthaltsgesetz** bietet (§ 54 Abs. 1 Nr. 5) **konsequent nutzt**, um Ausländer des Landes zu verweisen, die zu antisemitischem Hass aufrufen.
3. der weltweiten **Kampagne „Boycott, Divestment, Sanctions“**, die auch in Rheinland-Pfalz Unterstützung findet, **entschlossen entgegenzutreten**. Wir verurteilen den Aufruf zum Boykott israelischer Geschäfte und Waren. Die Justiz muss hier gegebenenfalls prüfen, ob **Straftatbestände, z.B. Volksverhetzung, erfüllt sind** und diese entsprechend sanktionieren.
4. die **Antisemitismusprävention in der politischen Bildungsarbeit** und in der Durchführung von Präventionsprogrammen als **stetige Aufgabe** umzusetzen.
5. das **Gedenken an den Holocaust wachzuhalten** und die **Gedenkstättenarbeit** in Rheinland-Pfalz weiterhin mit Nachdruck **zu unterstützen**;
6. die Entwicklung von **speziellen Aufklärungskampagnen zu Antisemitismus bei Zuwanderern** durch die Landesregierung.
7. die **pädagogische Auseinandersetzung** an den Schulen mit dem Thema Antisemitismus **zu fördern**. In diesem Zusammenhang sollte geprüft werden, wie der **Besuch von Gedenkstätten ausgebaut** und gefördert werden kann.

5. Antrag:

„Digitale Teilhabe an Schulen sicherstellen – umfassenden Ansatz verwirklichen“

Digitalisierung betrifft jeden

Die **Digitalisierung** reicht im Grunde in **alle Lebensbereiche** hinein. Nahezu **jeder ist betroffen**. Nicht umsonst wird von einer digitalen Revolution historischer Dimension gesprochen. Wir **buchen Reisen** über das Internet, **kaufen zunehmend digital** ein. **Kommunikation** - auch im privaten Bereich - ist **ohne Whats App, Facebook oder Twitter kaum noch denkbar**. Immer mehr Menschen informieren sich politisch nicht mehr per Zeitung, sondern **greifen auf digitale Medien** zurück. Ganz zu schweigen von der Wirtschaft: **Keine Firma ohne eigene Homepage, ganze Produktionsprozesse und Arbeitsabläufe sind digitalisiert**. Unverzichtbar ist deshalb, dass bereits frühzeitig die Grundlagen für eine digitale Teilhabe geschaffen werden. Das ist gerade auch eine **zentrale Aufgabe von Bildungspolitik**.

Anschluss nicht verpassen

Schule muss deshalb sicherstellen, dass gerade die **junge Generation den Anschluss nicht verpasst**. Es geht darum, im Sinne eines **digitalen Bewusstseins** digitale Prozesse als solche zu erkennen und zu verstehen. Vermittelt werden muss **digitale Nutzungskompetenz und eine informationstechnische Grundbildung**. Dabei geht es nicht nur um die Nutzung der sich bietenden Möglichkeiten, sondern um **kritische Reflektion der Inhalte** des Internets.

Auch digitale Gestaltungskompetenz fördern

Gerade auch die Vermittlung **digitaler Gestaltungskompetenz** ist unverzichtbar. Also das **Verständnis für die Grundprinzipien und Funktionsweisen der digitalen Welt**. Dazu zählen u.a. die Fähigkeiten zu kodieren, zu programmieren, die Bildung von Algorithmen oder die Vernetzung von Daten zu verstehen. Dazu muss die **Rolle des Fachs**

Informatik im Fächerkanon überdacht werden. Denn an rheinland-pfälzischen Gymnasien und Gesamtschulen haben **nur rund 4000 Schüler der Sekundarstufe I das Fach Informatik** belegt. Das sind gerade einmal **2,4 Prozent der gesamten Schülerschaft aller Gymnasien und Gesamtschulen**. An gerade einmal **22 von 201 Gesamtschulen und Gymnasien** werden in der Oberstufe eigene Informatikleistungskurse gebildet. Diese Kurse werden von nicht einmal 400 Schülern besucht. So entsteht keine flächendeckende digitale Kompetenz der jungen Generation, die für die Zukunft trägt.

Personelle und materielle Voraussetzungen schaffen

Gut aus- und fortgebildete Lehrer sind ebenso eine Grundvoraussetzung für eine fundierte informatische Bildung wie eine **gute flächendeckende Netzanbindung mit schnellem Internet**. Dem steht allerdings entgegen, dass das Fach **Informatik** heute an Realschulen plus zu fast 90 Prozent, an Gesamtschulen zu rund zwei Drittel und an Gymnasien immer noch zu einem Fünftel **fachfremd unterrichtet wird**. Problematisch ist auch, dass noch immer **zwei Drittel der Schulen lediglich über eine Internetverbindung von weniger als 30 Mbit verfügen**. Zudem **mangelt es an professionellem Support, an fachgerechter Wartung** um einen verzugslosen und störungsfreien Einsatz von Hardware und Software zu sichern. Diese Aufgaben auf Lehrkräfte abzuschieben, wird den sich stellenden Herausforderungen nicht gerecht.

Was wir wollen:

1. Die Landesregierung muss gemeinsam mit den kommunalen und freien Trägern den **Bedarf für eine gute und pädagogisch sinnvolle digitale Infrastruktur ermitteln**. Ziel ist eine **angemessene personelle und materielle Ausstattung der Schulen**. In diesem Kontext muss zwingend über eine gerechte Verteilung der Unterhalts- und Wiederbeschaffungskosten geredet werden. Außerdem muss der **Support durch qualifiziertes Personal** muss sichergestellt werden.

2. Die Landesregierung muss in Kooperation mit Schulträgern und Schulen sicherstellen, dass alle Schulen einen **uneingeschränkten und schnellen Netzzugang** haben.
3. Die Landesregierung muss ein Konzept erarbeiten, damit **informatische Bildung schrittweise ab Jahrgangsstufe sieben** verpflichtend angeboten werden kann.
4. Die Landesregierung muss Konzepte entwickeln, um in der **Lehrerbildung und Lehrerfortbildung** das Fach Informatik nachhaltig zu stärken. Wichtige Schritte könnten die Etablierung einer **Didaktikprofessur für Informatik** sein, **Studienanreize** in Form von **Stipendien** oder auch **zeitlich befristeter Gehaltszulagen** für angehende Informatiklehrer. Zudem müssen **koordinierte Weiterbildungsmöglichkeiten** geschaffen werden.
5. Die Landesregierung muss die **Lehrpläne im Hinblick auf die digitale Teilhabe** überprüfen und praxisorientiert ergänzen.

6. Antrag:

„Starke Familien – Für eine lebensnahe Familienpolitik in Rheinland-Pfalz“

Familien sind eine starke Einheit

Familien erbringen für unsere Gesellschaft Leistungen von unschätzbarem Wert. Das reicht von **Erziehung, Betreuung, Bildung wirtschaftlicher Fürsorge von und für Kinder über die Pflege von Eltern, Großeltern und Kranken bis hin zur emotionalen Stärkung und Unterstützung der Familienmitglieder durch Trost, Anteilnahme und Lob**. Das zeigt: Ohne Familien hätte unsere Gesellschaft ein anderes, ärmeres Gesicht. Sie sind **unverzichtbar für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft** und das Lebensmodell Nr.1 in Rheinland-Pfalz.

Familien stärken

Die herausragende Bedeutung der Familien für unsere Gesellschaft erfordert eine Familienpolitik, die dem gerecht wird und **unterschiedliche Familienmodelle in ihren unterschiedlichen Bedürfnissen unterstützt und stärkt**. Familien brauchen lebensnahe und praktische Lösungen, die auf ihre konkreten Bedürfnisse zugeschnitten sind. Dazu gehört beispielsweise die **übersichtliche Zusammenführung der vielen Angebote und Informationen für Familien der unterschiedlichen Ebenen und Träger in einem Internetportal**. Notwendig ist aber auch die **Förderung des partnerschaftlichen Lebens innerhalb von Ehe und Familie**: Etwa durch unterstützende Angebote der kurzfristigen Kinderbetreuung durch Tageseltern oder Babysitter und bessere Paar- und Erziehungsberatung.

Was wir wollen

Die CDU-Landtagsfraktion will:

- einen **Familienatlas** etablieren, in dem alle Informationen und Angebote für Familien der verschiedenen Träger landeszentral gesammelt und zugänglich gemacht werden. Der Familienatlas soll interaktiv und regional gegliedert als Internetportal und als Familien-App gestaltet werden;
- eine **verstärkte Förderung des konkreten Familienlebens** neben der Kindertagesstätte. Neue Fördermöglichkeiten für Elterninitiativen und Krabbelgruppen vor Ort, wie z.B. Bildungsaufwendungen, Sachausgaben oder Vernetzungen sind notwendig;
- die **Förderung kurzfristiger Betreuungsmöglichkeiten** in den Kommunen durch Tageseltern oder Babysitter;
- eine **bessere Unterstützung des konkreten Ehe- und Familienlebens** durch stärkere Förderung der Paar- und Erziehungsberatung.

7. Große Anfrage: „Situation der Transplantationsbeauftragten in Rheinland-Pfalz“

Transplantationsbeauftragte sind zentrales Element

Die **Transplantationsbeauftragten** in den Krankenhäusern bilden eine **wichtige Schnittschnelle** im System der Organspende und der Organtransplantation. Sie sind der **zentrale Ansprechpartner für den gesamten Prozess einer Organtransplantation** – beginnend bei der **Erkennung möglicher Organspender**, der **Meldung** an die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) bis hin zur **Beratung, Unterstützung und Betreuung** sowohl des medizinischen Personals als auch der Patienten und Angehörigen. Verbesserungen der Rahmenbedingungen für ihre wichtige Arbeit können sich unmittelbar auf die Zahl der Organspenden auswirken. Deshalb hat die CDU-Landtagsfraktion eine **Große Anfrage zur Situation der Transplantationsbeauftragten** in Rheinlands-Pfalz an die Landesregierung gerichtet.

Auf die Länder kommt es an

Das **Transplantationsgesetz des Bundes** schreibt die Einsetzung von Transplantationsbeauftragten vor. Das gilt für alle Krankenhäuser, in denen eine Organspende räumlich und personell möglich ist. Die **nähere Ausgestaltung ist den Bundesländern übertragen**. Sie müssen die Einzelheiten beispielsweise zu ihrer erforderlichen Qualifikation, zu ihrer organisationsrechtlichen Stellung und zu ihrer Freistellung zu bestimmen. **In Rheinland-Pfalz gibt es 109 Transplantationsbeauftragte.**

Organmangel hat sich verschärft

In Deutschland hat sich der **Organmangel verschärft**. Die Zahl der postmortalen Organspender in Rheinland-Pfalz ist seit Jahren rückläufig. Waren es 2010 noch 86 postmortale Organspender und 67 in 2011, sind die Zahlen inzwischen auf 38 in 2016 und ebenfalls 38 in 2017 zurückgegangen. **Eine nachhaltige Verbesserung der Situation hängt entscheidend von der Zahl der Organspender ab.**

DSO fordert Stärkung der Transplantationsbeauftragten

Zur Verbesserung der Lage fordert die DSO die **zügige Entwicklung eines gemeinschaftlichen Initiativplans zur Förderung der Organspende**. Danach soll insbesondere die Rolle der Transplantationsbeauftragten gestärkt werden. Vor allem mit Blick auf die **kontinuierliche Weiterbildung**, die **Entlastung von anderen Aufgaben** und die Unterstützung und Wertschätzung ihrer Tätigkeit.

Antwort der Landesregierung offenbart Erkenntnisdefizite

Verbesserungen im Bereich der Transplantationsbeauftragten können nur bei einer ausreichenden Datengrundlage erfolgen. Allerdings ergeben sich aus der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage **erhebliche Erkenntnisdefizite**. So verfügt sie nicht über **Standort bezogene Kenntnisse zur fachspezifischen Fort- und Weiterbildung der Transplantationsbeauftragten** in den jeweiligen Krankenhäusern. Auch liegen ihr zu den **konkreten Freistellungsregelungen in den Krankenhäusern** angeblich keine Kenntnisse vor. Allein das spricht dafür, dass sie das **Thema vernachlässigt** hat. **Wir erwarten, dass die Landesregierung die bundesrechtlich bestehenden Bestimmungen für geeignete eigene Regelungen nutzen und die Potentiale der Transplantationsbeauftragten stärkt.**

8. Antrag:

„Zukünftige Mobilität gestalten – wichtige Weichenstellungen vornehmen“

Gerade im **ländlichen Raum** sind wir besonders auf ein **funktionierendes und leistungsfähiges Mobilitätsangebot** angewiesen. Entsprechende Konzepte müssen aktuelle Entwicklungen aufgreifen und diese einbeziehen. Das betrifft **Elektromobilität bei Bus und PKW** genauso wie **Radfahren, Carsharing, Bikesharing, Bürgerbusse, Autonomes Fahren, das zu-Fuß-Gehen und deren Vernetzung**. Gerade im ländlichen Raum kann mit neuen Angeboten die so wichtige Mobilität gesichert werden.

ÖPNV hat Schlüsselrolle

Dem **Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)** auf Schiene und Straße kommt hier eine **Schlüsselrolle** zu. Rund 270 Millionen Fahrgäste nutzen jährlich den Nahverkehr in Rheinland-Pfalz. Nur durch eine Stärkung des ÖPNV und SPNV und einem **intelligenten Zusammenspiel aller Verkehrsträger** wird es in Zukunft möglich sein, für alle Menschen eine effiziente und umweltschonende Mobilität sicherzustellen.

Gemeinsamer Antrag übernimmt zentrale CDU-Vorschläge

Die CDU-Fraktion hat dieses **wichtige Zukunftsthema** erkannt und im November 2017 einen umfassenden Antrag mit einem **7-Punkte-Mobilitätsprogramm** in den Landtag eingebracht. Einer dieser Punkte war die **Forderung einer verbund- und länderübergreifenden Informationsplattform**. Dieser Antrag wurde in der Folge mehrfach im **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** diskutiert. In der Februarsitzung des Ausschusses ist es dann der CDU-Fraktion gelungen, einen **gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen von SPD, FDP und Grünen** auf Basis des CDU-Antrags zu vereinbaren, der in **weiten Teilen mit dem ursprünglichen Antrag identisch** ist. Wir freuen uns, dass dies gerade bei diesem so wichtigen Zukunftsthema, der Mobilität, gelungen ist.

In diesem gemeinsamen Antrag fordern wir unter anderem,

1. ein Konzept für eine **verlässliche und zukunftsfähige Finanzierung** für die Verkehrsträger in Zuständigkeit des Landes zu erarbeiten;
2. die Städte bei ihren Bemühungen zur **dauerhaften Einhaltung der Grenzwerte** zu unterstützen;
3. die Entwicklung einer **verbund- und länderübergreifenden Plattform**, auf der alle Verkehrsangebote angezeigt und in einem Schritt gebucht werden können, mit den Verkehrsunternehmen und der Forschung zu initiieren und bestmöglich zu unterstützen;

4. sich im Rahmen der Fachkräftestrategie des Landes mit dem **Fachkräftemangel an Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrern** zu befassen;
5. in Zusammenarbeit mit den verschiedenen betroffenen Akteurinnen und Akteuren die Konzepte zur **Sicherstellung eines zukunftsfähigen Mobilitätsangebots im ländlichen Raum weiterzuentwickeln** und die Kommunen und Verkehrsunternehmen bei der Etablierung von neuen Angeboten wie Carsharing, Bürgerbusse, und autonomes Fahren im ländlichen Raum zu unterstützen.